



Niederschrift

Öffentlicher Teil

BUA/29/2019/14-19

Gremium	Bau- und Umweltausschuss
Sitzung am:	25.02.2019
Sitzungsort	Gemeindesaal, Lindenallee 14, 15366 Hoppegarten

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 22.30 Uhr anwesend:

Ausschussvorsitzende

Frau Claudia Katzer

stellv. Vorsitzender

Herr Maik Heinol

Mitglieder

Herr Steffen Molks

Frau Ruth Schaefer

Herr Wilfried Hannemann bis 19.30 Uhr

Herr Christian Arndt

Herr Sven Siebert

Herr Stefan Radach ab 19.30 Uhr, Vertretung für Herrn Hannemann

Bürgermeister

Herr Karsten Knobbe

sachkundige(r) Einwohner(in)

Herr Hans-Jürgen Imhof

Herr Stefan Pluskat

Herr Thomas Bobey

Frau Irina Szarvasy

Herr Bernd Breuer

Verwaltung

Herr Janis Herger

Herr Steffen Schützler

Gäste

Frau Storch von der Ortsgruppe des NABU

Herr Telker stellt das Bauvorhaben Dahlwitzer Landstraße vor. **abwesend:**

Mitglieder ----- sachkundige(r) Einwohner(in) -----

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
- 2 Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung über eine Änderung
- 3 Feststellung von Ausschließungsgründen
- 4 Entscheidung über mögliche Einwendungen zur Niederschrift vom 07.01.2019
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden
- 7 Einwohnerfragestunde
- 8 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 9 Einblicke in die Arbeit der NABU-Ortsgruppe
- 10 Vorstellung Bauvorhaben Telker, Dahlwitzer Landstraße
- 11 Stellplatzsatzung
- 12 Informationen zum Sachverhalt Waldstraße
- 13 Machbarkeitsstudie Hallenbad

14. Vorbereitung der Gemeindevertretersitzung am 18.03.2019

14.1 Beschlussvorlagen

- 14.1.1 AN/2019/14-19 Beendigung der aktuellen vertraglichen Vereinbarungen mit Fa. Humana Kleidersammlung GmbH; Parameter für Neuvertrag

Öffentlicher Teil

1 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Es wird die ordnungsgemäße Ladung der Sitzung festgestellt.

Der Ausschuss ist mit den o. a. anwesenden Mitgliedern/Vertretern beschlussfähig.

2 **Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung über eine Änderung**

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass TOP9 voraussichtlich verschoben werden muss, da Frau Storch erst etwas später kommen kann. Außerdem hat Frau Katzer einen weiteren TOP in die TO aufgenommen: **TOP 15** Wiesenstraße

3 **Feststellung von Ausschließungsgründen**

Keine.

4 Entscheidung über mögliche Einwendungen zur Niederschrift vom 07.01.2019

Keine Einwendungen, Zustimmung zur Wiedergabe des Auftritts von Fa Globus.

5 Mitteilungen der Verwaltung

keine

6 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

In der letzten GV wurde im Zusammenhang mit dem beantragten Stopp aller Straßenbauvorhaben nachgefragt, welche Vorhaben betroffen sind. Es handelt sich um Alte Berliner (Beleuchtung), Str. am Anger (M'hofer), Hegel- und K.-Marx-Str. in W'ruh sowie ZR 1.

7 Einwohnerfragestunde

- Ab der Querstr. zu Kontrast ist der Schulweg in Richtung Schule nur Matsch – Hinweis auf Prioritätenliste des Ortsbeirats.
- Ergebnisse der Straßenbefahrung? – Liegen im Netz vor.
- Neues von Globus? – FB 1 ist Ansprechpartner.
- Der anwesende Elternvertreter fragt nach, ob mit dem geplanten Neubau auch der ITUnterricht wieder möglich sein wird? – Ja. Er bittet auch, die Elternvertreter zu Informationsveranstaltungen mit einzuladen.
- Viergeschossige Häuser in der Rennbahnallee 83 unpassend – Verweis auf das Beteiligungsverfahren
- Einige Fragen zum Vorhaben Telker – Verweis auf TOP 10

8 Anfragen der Ausschussmitglieder

Hier die Antworten:

- Die Befüllung des Münchehofer Dorfteiches läuft, es geht etwas langsamer, weil die erlaubte Wasserentnahme beschränkt ist.
- Die Ausschreibung Straßenbegleitgrün/Winterdienst dauert noch an, möglicherweise ist sie im März noch nicht abgeschlossen.
- Die Brücke Tübinger Straße wird entsprechend dem Ergebnis der Ausschreibung, voraussichtlich April begonnen, instand zu setzen.
- Der Neubau Grimm-Schule liegt laut BM im Plan. Details müssten im zeitweiligen Ausschuss besprochen werden.
- Karl-Weiß-Str./Ecke Neuer Hönowe Weg steht kein Bauschild! Was passiert dort? Der BM erinnert an drei Bauvoranfragen (Wohnbebauung, Nahversorg. und Kita) Herr Molks verweist auf den Beschluss, dass der BM die GV über wesentliche Bauvorhaben informieren muss.
- Die mögliche Abbindung der Köpenicker Straße von der B1 wird im März Thema. Zu dem problematischen Rückstau vor der B1 erinnert Herr Pluskat an einen Vorschlag bereits aus 1998, die Straßenführung zu ändern (Kreisverkehr an der Friedhofsstr.). Und er fragt, ob dies je im Landesbetrieb vorgelegt und beraten wurde. Herr Molks hat selbst in drei Landesgutachten eingesehen, aber nichts von einem Kreisverkehr gefunden.

- Herr Schützler erklärt, dass die Fahrbahnmarkierung, die Herr Heinol in der Köpenicker Allee anmahnt zu fehlen, nicht gesetzlich gefordert ist und ca. 5000 € kostet.
- Herr Herger erklärt zu den Nachfragen zum B-Plan Dorfkern Dahlwitz, dass es nur einen Aufstellungsbeschluss gibt, man befinde sich also noch im Verfahren und es könne nach § 34 BauGB gebaut werden. Herr Imhof kennt das angesprochene Problem und bietet ein Treffen mit Herrn Herger zur Klärung des Sachverhalts an.
- Bekanntmachungen von B-Plänen im Amtsblatt sind nur bei Satzungsbeschlüssen vorgeschrieben.
- Erst wenn der Termin für die Fertigstellung der neuen Hönower Feuerwehr klar ist, wird die Verwaltung Vorschläge für einen neuen Bauhof-Standort vorlegen.
- Herr Siebert möchte vor Mai in der GV eine offizielle Information zum Stand des Bauvorhabens Grimm-Schule haben.

9 Einblicke in die Arbeit der NABU-Ortsgruppe

Frau Storch:

- In Hoppegarten gibt es rund 100 NABU-Mitglieder, von denen etwa 20 aktiv sind.
- Bei der Schaffung des Naturlehrpfades gab die Gemeinde gute Unterstützung. - Die NABU- Gruppe bietet Führungen an, arbeitet kontinuierlich mit Kindern.
- Die Umweltschutzbehörden erhalten auf Anforderung Stellungnahmen zu Bauplanungen. Wenn Ausgleichsmaßnahmen erforderlich werden, erhält die NABU-Gruppe aber leider keinen Rücklauf über die Erfüllung derselben.
- Die NABU- Gruppe beseitigt auch Unrat, illegale Müllablagerungen im Gelände.
- Es werden Totholzhecken errichtet, um das illegale Betreten von Naturschutzgebieten zu unterbinden.
- Im Frühjahr werden alljährlich die Krötenleiteinrichtungen in der Rennbahnallee auf Vordermann gebracht.
- 2018 gab es vom NABU im HdG eine Veranstaltung über Vögel, bei der der RBB zugegen war.

Anschließend konnten Fragen gestellt und Hinweise gegeben werden:

- Herr Hannemann verwies darauf, dass für die Stauanlage in Ravenstein die Staugenehmigung ausläuft und neu beantragt werden sollte.
- Ferner forderte er „Rechtssicherheit auch auf Trampelpfaden“. Spaziergänger mit und ohne Hund wüssten oft nicht, dass sie auf unerlaubten Pfaden wandeln, Beschilderung ist notwendig!
- Herr Arndt empfahl die Internetseite der NABU-Ortsgruppe.
- Herr Molks teilte mit, dass die Hortkinder oft ins Erpetal gingen und sich so noch weitere Möglichkeiten der Arbeit mit Kindern ergeben. Er warf die Frage auf, ob es nicht eventuell machbar wäre, für die „Hundetouristen“ einen Hundeauslaufplatz zu schaffen.

10 Vorstellung Bauvorhaben Telker, Dahlwitzer Landstraße

Herr Telker betreibt den Kompostierbetrieb Proflor neben dem Münchehofer Klärwerk. Bei der Kompostierung von Grünabfällen werden mineralische Bestandteile zugeführt. Er beantragt nun die Genehmigung zur Bearbeitung mineralischer Abfälle. Dazu ist der FNP anzupassen, da zurzeit die Grünkompostierung nur Bestandsschutz hat. Herr Arndt erinnert daran, dass beim Lagern und Brechen von Bauschutt wassergefährdende Stoffe

frei gesetzt werden. Es sind eine Bodenplatte und eine Abdeckung nötig, der Transportweg ist zu prüfen. Herr Telker beruft sich auf die Genehmigungen des Umweltamtes von 1998 (Kompostierung) und 2011 (Altholzlieferung, Schrottplatz). Herr Herger erklärt, dass der FNP erst 2017 rechtskräftig wurde, bis dahin haben die Genehmigungsbehörden nur nach Außen- und Innenbereich unterschieden. Frau Knihs hat sich das aktuelle Ablehnungsschreiben angesehen und dort konkrete Angaben gefunden, z. B. 150 000 t Durchstoß, die ja ab- und antransportiert werden müssen! Sie zitiert aus dem FNP über die beabsichtigte Entwicklung von M'hofe, es gehe nicht nur um dieses eine Stück Fläche.

Herr Pluskat zweifelt an der Zweckmäßigkeit, mit zerkleinertem Beton Bodenaufbereitung zu betreiben, und er verweist auf die Zunahme des LKW-Verkehrs. Herr Imhof fragt, ob nicht das Klärwerk als Grundstückseigentümer einbezogen werden müsse.

Herr Telker lädt zu einem Besuch der Anlage ein, z. B. am 06.03. um 10.00 Uhr, wenn auch die Wasserbehörde kommt.

Die Ausschussvorsitzende stellt einen Vororttermin zu einem anderen Zeitpunkt in Aussicht.

Pause von 20.17 Uhr bis 20.24 Uhr

11 Stellplatzsatzung

Frau Katzer hebt hervor, dass es hier nicht um allgemeine Parkprobleme ginge, sondern ausschließlich um den Nachweis bei Bauantragstellung für Neubau oder auch bei baulichen Veränderungen sowie Nutzungsänderungen.

Herr Molks betont, dass unsere Stellplatzsatzung nicht mehr zeitgemäß sei und verweist auf die Rundmail an die Ausschussmitglieder. Er habe sich an den Mieten orientiert, die zwei Verdienner, somit zwei Autos erfordern. Unternehmen sollten die Möglichkeit erhalten, einen Antrag auf Zahlung einer Ablösesumme zu stellen.

Es folgte eine Diskussion zu den Problemen Ablösesumme, Flächenverbrauch und Flächenversiegelung und dass es auch Auflagen zur Schaffung von Fahrradstellplätzen geben muss.

Dann wurde abgestimmt:

Bei Wohnungen bis 60 qm (bisher 100) ist 1, darüber sind 2 Stellplätze zu schaffen: 7 ja

Passus zu Altenwohnungen soll raus (kein Rechtsbegriff): 5 ja, 1 nein, 1 enth.

Bei Praxen je 10 qm 1 Stellplatz: 6 ja, 1 enth.

Bei Sportanlagen je 150 qm 1 Stellplatz: 5 ja, 2 enth.

Bei Beherbergungsbetrieben je 1 DZ 1 Stellplatz: 6 ja, 1 nein

Bei Sanatorien auf 3 Betten 1 Stellplatz: 3 ja, 1 nein, 3 enth.

Bei Altenpflegeheimen auf 5 Betten 1 Stellplatz: 3 ja, 4 enth.

Auf Antrag ist Ablösesumme möglich (Einzelfallprüfung!): 6 ja, 1 enth.

Herr Molks wird einen Prüfantrag der BUA-Mitglieder formulieren: die Verwaltung möge die Ergebnisse aus dieser Sitzung prüfen und die Stellplatzsatzung entsprechend überarbeiten.

12 Informationen zum Sachverhalt Waldstraße

Der Bürgermeister erklärt, dass die uneinheitliche Grenze zwischen Straßenland und Privatgrundstücken 2017 beim Bau der Regenentwässerung zutage trat und dass eine Einwohnerversammlung stattfand. Anfänglich wurde erwogen, dass die Gemeinde von den Privateigentümern Fläche kauft, wo die Straße zu eng ist. Da nicht alle Betroffenen dieser Regelung folgen wollten, ist nun entschieden, dass die Waldstraße nur eine Fahrspur erhält und ein Einbahnstraßenverkehr eingerichtet wird. Ausschussmitglieder wiesen darauf hin, dass sie wiederholt angesprochen wurden und die Bürger der Waldstraße nichts weiter möchten als Rechtssicherheit.

Ein entsprechendes Schreiben ist im FB bereits erarbeitet und sollte nun schnell mit der Unterschrift des Bürgermeisters versandt werden.

13 Machbarkeitsstudie Hallenbad

Die Ausschussvorsitzende merkt an, dass in der Studie, die alle Schwimmbäder im Umkreis der 7 beteiligten Kommunen vergleicht, stets die Entfernung für PKW angegeben ist, aber nicht zu Bahnhöfen. In der Aufstellung der Schulen fehlen die Gymnasien. Es werden 5 Grundstücke untersucht, von denen das KWO-Gelände als das günstigste erscheint. Für den Bau brauche man zwischen 7 und 14 Mio. €, beim Vergleich der laufenden Kosten und Einnahmen wird ein Defizit von 420 000 bis 670 000 € kalkuliert. Frau Katzer fragt nach der Kostenverteilung innerhalb der Gemeinden.

Herr Arndt hält die vorliegenden Vorstellungen nicht für finanzierbar, Herr Radach ist nicht ganz so pessimistisch, fürchtet aber, dass eine Vereinbarung zwischen den Kommunen nicht zukunftssicher ist. Frau Schaefer ist die Studie zu allgemein, es müssten Anteile für verschiedene Zwecke (Sport-Bad, Reha-Anwendungen, Sauna,...) definiert werden, weil von diesen einige defizitär, andere mit Gewinn laufen können, aber alle beanspruchen Fläche. Herr Siebert betont, dass ein Schwimmbad keine pflichtige Aufgabe sei. Hoppegarten ist zurzeit finanziell für so ein Vorhaben nicht in der Lage und alle anderen Kommunen haben ebenfalls ihre haushälterischen Zwänge.

Der Bürgermeister betont, dass es jetzt erst einmal um eine Grundsatzentscheidung ginge und alle anderen Details danach zu klären sind. Herr Arndt widerspricht, denn man brauche zum Beispiel ein Zeitfenster, erste Finanzierungsvorstellungen,... Und wenn *wir* eine Halle wollen, dann sollten *wir* auch die Halle bauen. Herr Knobbe stellt nochmals klar, jetzt sei nur eine Grundsatzentscheidung zu treffen: wollen wir einen Zweckverband oder nicht. Herr Bobey erinnert daran, dass immer weniger Schüler schwimmen können! Herr Vorwerk stellt fest, dass die Studie fehlerhaft sei, zum Beispiel fehlten die Kreditkosten. Falls eine Halle gewünscht werde, bietet er die Umsetzung an.

Es ist 22.00 Uhr. Es stimmen 6 Ausschussmitglieder dafür, den öffentlichen Teil zu Ende zu führen.

14 Vorbereitung der Gemeindevertreterversammlung am 18.03.2019

14.1 Beschlussvorlagen

14.1.1 AN 141/2019/14-19 Beendigung der aktuellen vertraglichen Vereinbarungen mit Fa. Humana Kleidersammlung GmbH; Parameter für Neuvertrag

Herr Arndt schildert den schlimmen Zustand einiger Standorte in Hönow und plädiert dafür, dass die Ortsbeiräte einbezogen werden in die Vorbereitung einer Ausschreibung und in die Bestimmung der Standorte für Altkleidercontainer.

Der Bürgermeister teilte mit, dass Vertreter von Humana am Mittwoch zur WTI Ausschusssitzung kommen werden, um gemeinsam eine Lösung der Probleme zu finden. Was die Beschriftung der Container mit Symbolen der Gemeinde angeht, so hat die Gemeinde selber eine „städtische Altkleidersammlung“ initiiert. Herr Molks kritisierte die Arbeit des Ordnungsamtes in Bezug auf das Ortsbild allgemein. Herr Knobbe wies die Schuldzuweisungen als pauschal zurück.

15 Information zum FGÜ Wiesenstr.

Frau Katzer informiert über das Schreiben des Landkreises vom 15.01.19 (Gesprächsprotokoll vom 09.01.19 zwischen Vertr. der Gemeinde und des Landkreises-hier Ablehnung des Vorschlages der Gemeinde, dass nach dem Ausbau der Wiesenstraße der FGÜ wieder installiert wird) Sie schlug vor, einen Antrag zu formulieren, der den politischen Willen bekunden soll, den Fußgängerüberweg nicht ABZUORDNEN. Stefan Radach betonte, dass dies nichts bringe, denn der Kreis ist Baulastträger und Herr über die Planung. Herr Siebert erkundigt sich, weshalb das Schreiben den Gemeindevertretern nicht bekannt gemacht wurde. Herr Molks teilte mit, dass er mit Herrn Wehner telefoniert habe und erfuhr, dass dieser seit zwei Jahren Vorschläge unterbreitet habe, von denen die Gemeindevertreter nichts wissen. Herr Knobbe verweist darauf, dass die GV dem Gehwegbau zugestimmt hat.

Herr Arndt meldete sich noch, doch ihm wurde das Wort nicht erteilt, da sein Vorredner die Rednerliste abgeschlossen hat. Dies wurde angekündigt jedoch nicht über ein Ende der Debatte abgestimmt.

Die Ausschussvorsitzende beendete die Sitzung um 22.30 Uhr.

Claudia Katzer

Ausschussvorsitzende

Ruth Schaefer

Protokollantin